

Medienbeobachtung

17.12.2024

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Zeitarbeitsbranche zeigt sich besorgt**
17.12.2024 , Kurier Seite 9

Kurier vom 17.12.2024

Überblick

Zeitarbeitsbranche zeigt sich besorgt

Arbeitsmarkt

Durchschnittlich 76.921 Mitarbeiter haben heimische Personaldienstleister 2024 an die Wirtschaft überlassen und damit um 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Das deutet auf eine sinkende Wirtschaftleistung hin, da die Zeitarbeitsbranche als Indikator für Arbeitsmarktentwicklungen fungiert, sagt Martin Zieger, Personaldienstleister-Vorsitzender.

Quelle	Kurier
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch



Zuckersteuer könnte Inflation anheizen

Befürchtung. Lebensmittelindustrie warnt Regierung vor Verteuerung von Limonade. Schaden für Erzeuger, Verbraucher und Bauern wäre größer als gesundheitlicher Nutzen

VON ROBERT KLEEDORFER

Die Diskussion der Regierungsverhandler über die Einführung einer Zuckersteuer nach britischem Vorbild hat an Dynamik gewonnen. Während Befürworter argumentieren, dass eine solche Steuer volksgesundheitliche Vorteile bringen könnte, überwiegen für Gegner die negativen Auswirkungen auf heimische Zuckerrüben-Bauern, die Preise für Konsumenten und die Inflation.

„In einem Hochsteuerland wie Österreich ist kein Platz und kein Bedarf für eine diskriminierende Steuer wie die Zuckersteuer“, sagt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie. Sie bewertet die Steuer als „weitere Schwächung des Standortes Österreich sowie als Inflationstreiber, die als Bagatelsteuer ohnehin keine echte Einnahmequelle für den Staat ist“.

Herausforderungen

Die Einführung einer Zuckersteuer würde laut Koßdorff auch finanzielle Auswirkungen auf die Verbraucher haben, im besonderen sozial Schwächere. Die Kosten für zuckerhaltige Getränke würden steigen, was die Kaufkraft der Haushalte erheblich beeinträchtigen könnte. Ab dem 1. Jänner 2025 wird ein Pfand von 25 Cent pro Dose oder PET-Flasche eingeführt. Eine Zuckersteuer auf top würde die betroffenen Getränke noch weiter verteuern, was Unternehmen wie Almdudler, Pfanner, Coca-Cola, Rauch oder Red Bull, die in jüngster Zeit in Österreich investiert und viele Arbeitsplätze gesichert haben, vor Herausforderungen stellt.

Bei Konsumenten könnte die Steuer zu einer Verlage-

Fakten

Verbrauch

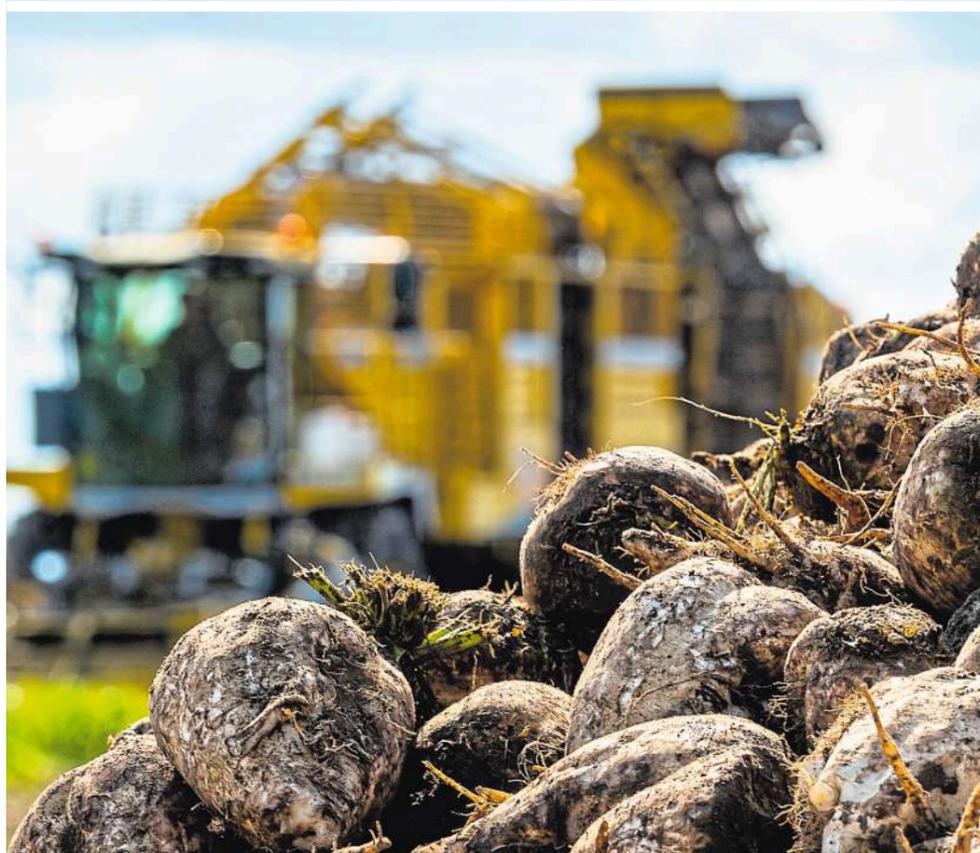
Der Zuckerverbrauch sank in Österreich in den vergangenen 30 Jahren um 30 Prozent. Die heimische Getränkeindustrie arbeitet dabei mit freiwilligen Selbstverpflichtungen

Großbritannien

Länder mit Zuckersteuern haben laut heimischer Lebensmittelindustrie den durchschnittlichen Verbrauch um nur einen halben Würfelzucker pro Tag gesenkt, ohne Auswirkung auf Adipositasraten. So habe die britische Zuckersteuer bei Kindern wie Erwachsenen eine Kalorienreduktion von nur 1 Prozent der empfohlenen Tagesenergieaufnahme erzielt

Die Diskussion der Regierungsverhandler über die Einführung einer Zuckersteuer nach britischem Vorbild hat an Dynamik gewonnen. Während Befürworter argumentieren, dass eine solche Steuer volksgesundheitliche Vorteile bringen könnte, überwiegen für Gegner die negativen Auswirkungen auf heimische Zuckerrüben-Bauern, die Preise für Konsumenten und die Inflation.

„Schon jetzt gibt es kaum noch eine Branche, die keine Sondersteuer mit Erziehungscharakter kennt. Bei zweifelhafter Lenkungswirkung dominiert das Motiv der Einnahmenerzielung, sodass mit jeder neuen Steuer die Abgabenlast noch weiter zunimmt“, sagt Christian Helmenstein, Vorstand des Wirtschaftsforschungsinstituts Economica. Eine Zuckersteuer würde nicht nur die



In Österreich gibt es noch 5.000 Zuckerrüben-Bauern. Eine Zuckersteuer könnte für einige das Aus bedeuten

Preise für Zucker und zuckerhaltige Getränke erhöhen, sondern auch einen Dominoeffekt auf andere Branchen auslösen. Lebensmittelpreise könnten allgemein steigen, da Hersteller die zusätzlichen Kosten an die Verbraucher weitergeben. Dies würde die Inflation weiter anheizen.

Und nicht zuletzt würde eine solche Steuer die Produktionskosten der Bauern erhöhen und könnte die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte sowie der verarbeitenden Industrie erheblich gefährden. „Die Gefahr, dass viele der rund 5.000 Bauern ihre Zuckerrüben-Produktion einstellen müssen, ist real“, warnt Helmenstein.

Brauereien fürchten höhere Biersteuer

Standortnachteil. Schon jetzt liegt die Biersteuer in Österreich deutlich über jener einiger benachbarter Biernationen. Sind es hierzulande je 0,5l-Lager- oder Märzenbier 0,12 Euro, so sind es in Deutschland nur 0,05 Euro bzw. 0,08 Euro in Tschechien. Hinzu kommen niedrigere Mehrwertsteuersätze. Österreichs Bierbrauer fürchten nun, dass sich im Zuge der Koalitionsverhandlungen die

Lage noch mehr zu ihren Ungunsten verschiebt. Die Brauereien könnten bei einer Steuererhöhung weniger wettbewerbsfähig werden, heißt es aus der Branche. Dies könnte zu einem Rückgang des Exports oder einem vermehrten Import von Bier aus anderen Ländern führen, was die heimische Produktion beeinträchtigen könnte. Sie fordern indes eine Senkung der Biersteuer.

Strom-Netzentgelte steigen 2025 um rund 75 Euro

E-Control legt Berechnungen vor. Gasnetzentgelte um rund 70 Euro pro Jahr höher

Energie. Nach zahlreichen Meldungen dazu, um wie viel Strom im kommenden Jahr teurer werden könnte, meldet sich nun erneut die E-Control zu Wort. Die Regulierungsbehörde rechnet vor, wie viel Geld Haushalte 2025 im Schnitt mehr für Strom- und Gasnetzentgelte zahlen müssen. Die steigenden Netzentgelte machen freilich nur einen Teil der Kostensteigerungen im kommenden Jahr aus. Auch die wegfallende Strompreisbremse wird viele Haushalte stärker belasten.

Weniger ist mehr

Im Österreichschnitt ergeben sich ab 2025 um etwa 19 Prozent höhere Stromnetzentgelte für Industrie, Haushalt und Gewerbe. Für Haushalte stei-

gen die Entgelte mit im Schnitt 23 Prozent deutlicher an, da die Mengenrückgänge in diesem Segment stärker wirken. Weil die Stromabgabemenge im Jahr 2023 um 5,6 Prozent gesunken ist, werden die Kosten für die Infrastruktur quasi auf weniger Kilowattstunden aufgeteilt. Gleichzeitig stieg auch der Investitionsbedarf in die Stromnetze.

„Während im Vorjahr bundesweit in Summe noch Gesamtkosten in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro durch die Systemnutzungsentgelte aufgebracht werden mussten, so sind dies im laufenden Jahr bereits 3 Milliarden Euro. Für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilo-

wattstunden beträgt die Netzkostenerhöhung rund 73 Euro pro Jahr“, rechnet der Vorstand der E-Control, Alfons Haber, vor.

Die genaue Höhe der Netzentgelte ist je nach Wohnort unterschiedlich. Fast überall kommt es zu deutlichen Erhöhungen, nur in Graz nicht, da hier ein deutlich geringerer Investitionsbedarf ermittelt wurde und auch die Mengenentwicklung weniger stark rückläufig war.

Gaspreis ebenfalls höher

Zu Preissteigerungen kommt es im kommenden Jahr auch bei den Gasnetzentgelten. „Für einen gasbeheizten Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von

Überblick

Zeitarbeitsbranche zeigt sich besorgt

Arbeitsmarkt. Durchschnittlich 76.921 Mitarbeiter haben heimische Personaldienstleister 2024 an die Wirtschaft überlassen und damit um 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Das deutet auf eine sinkende Wirtschaftleistung hin, da die Zeitarbeitsbranche als Indikator für Arbeitsmarktentwicklungen fungiert, sagt Martin Zieger, Personaldienstleister-Vorsitzender.



Überprüfung bei KTM-Mutter

Pleite. Die Finanzmarktaufsicht (FMA) prüft, ob vor der Insolvenz des Motorradherstellers KTM die Publizitätsvorschriften vom börsennotierten Mutterkonzern Pieler Mobility eingehalten wurden. Konkret gehe es um den Zeitraum von Mai bis November, in dem die Prognose der Geschäftszahlen angepasst und eine Änderung im Vorstand bekannt wurde.

Amazon-Betriebsrat neu gegründet

Mitbestimmung. Bei Amazon in Österreich ist erstmals ein Arbeiter-Betriebsrat gewählt worden. Das neun Mitglieder umfassende Team vertrete die Interessen von knapp 700 Arbeitern an den Logistikstandorten in Wien, Niederösterreich, Kärnten und Steiermark, teilte die Gewerkschaft vda am Montag mit. Nach Angaben von Amazon begrüßt das Unternehmen den Schritt.

STROMNETZENTGELTE 2025

Preise für einen Haushalt (Jahresverbrauch 3.500 kWh)

	in Cent/kWh (netto)	Veränderung zum Vorjahr in Euro pro Jahr (brutto)	
Steiermark	10,89	103,44	+ 29,2 %
NÖ	10,02	102,56	+ 32,2 %
Wien	9,47	95,63	+ 31,6 %
OÖ	8,16	70,18	+ 25,8 %
Burgenland	8,63	69,46	+ 23,7 %
Kärnten	11,78	63,67	+ 14,8 %
Vorarlberg	7,06	47,40	+ 19,0 %
Salzburg	9,34	47,37	+ 13,7 %
Tirol	7,81	23,72	+ 7,8 %
Klagenfurt	9,39	73,58	+ 22,9 %
Linz	7,07	47,29	+ 18,9 %
Innsbruck	9,86	11,59	+ 2,9 %
Graz	7,49	- 14,65	- 4,5 %
Ö Schnitt	9,28	73,24	+ 23,1 %